

FWB verlangt neue Debatte über Einrichtung von Krippenplätzen

Quelle: Barmstedter Zeitung (03/2007)

Auch die Wählergemeinschaft hält die Schaffung weiterer Krippenplätze grundsätzlich für sinnvoll und wünschenswert. Der Abbau von Regelplätzen sei jedoch derzeit nicht zu verantworten.

Der vom Sozialausschuss gebilligte Plan des Barmstedter Vereins für weibliche Diakonie, eine Regelgruppe des Kindergartens Bahnhofstraße in eine Familiengruppe umzuwandeln, bedarf nach Auffassung der FWB weiterer Beratungen. Die Wählergemeinschaft hat nach eigenen Angaben den Antrag gestellt, das Vorhaben im Hauptausschuss zu beraten. Die FWB reagiert damit auf die von CDU, SPD und BALL durchgesetzte Absetzung des Themas von der Tagesordnung der jüngsten Stadtvertreterversammlung.

Den Wunsch des Vereins, sein bisheriges Angebot im Zuge der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen um eine familienähnliche Gruppe zu erweitern, "können wir gut verstehen und nachvollziehen", so die FWB in einer Stellungnahme: "Auch nach unserer Ansicht wäre es sinnvoll und wünschenswert, dass nicht nur die AWO, sondern auch der Diakonieverein Krippenplätze anbieten kann."

Diese Gruppe könne aber "trotz des geplanten Umbaus und der Sanierung nicht zusätzlich eingerichtet werden, sondern es muss eine bestehende Regelgruppe umgewandelt werden, die dann aus zehn Regelplätzen und fünf Krippenplätzen besteht. Um fünf neue Krippenplätze zu schaffen, werden also zehn Regelplätze abgebaut", betont die FWB.

Auch bei der vom Sozialausschuss mit vier Ja-Stimmen, einer FWB-Gegenstimme und drei FWB-Enthaltungen empfohlenen Übergangslösung mit drei Krippenplätzen (statt fünf) würden laut FWB immer noch sechs Regelplätze entfallen: "Aus unserer Sicht lässt die zurzeit vorliegende Warteliste für Regelplätze einen solchen Abbau nicht zu." Trotz der relativ hohen Abgangszahl von 90 Kindern zum 1. August 2007 "werden die Plätze nicht reichen", so die FWB weiter: "Es werden noch in den Monaten September bis Dezember weitere 35 Kinder den Rechtsanspruch auf einen Regelplatz erlangen, für die nach heutigem Stand keine Plätze vorhanden sind."

Allerdings werde sich die Warteliste in den nächsten Wochen erfahrungsgemäß noch erheblich verändern. Kinder mit einem Rechtsanspruch müssten dann gegebenenfalls in auswärtigen Kindergärten untergebracht werden. Bereits jetzt seien Kinder aus Barmstedt in Kindertagesstätten umliegender Gemeinden untergebracht: "Eine Rückführung in Absprache mit den Eltern wäre sinnvoll." Kinder ab drei Jahren hätten, so die FWB, einen Rechtsanspruch auf einen Regelplatz im Kindergarten. Krippenplätze seien "zwar sinnvoll, aber es gibt darauf - noch - keinen Rechtsanspruch".

Die Umwandlung der Regelgruppe in eine familienähnliche Gruppe mit Krippenplätzen habe zudem negative Auswirkungen auf den Haushalt des Kindergartens - und damit der Stadt: "Betreuungskosten steigen, und Einnahmen sinken." Außerdem sei die Stadt bei fehlenden Regelplätzen für eine "Fremdunterbringung" - etwa in anderen Gemeinden - der nicht versorgten Kinder verantwortlich: "Auch hierfür entstehen dann zusätzliche Kosten."

Eine verlässliche Anmelde- und Warteliste wird laut FWB erst im Mai vorliegen. Die Entscheidung komme deshalb "um mehrere Wochen zu früh". Erst wenn gewährleistet sei, dass alle Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Regelplatz versorgt sind, könne die FWB "einer Umwandlung und Schaffung von wünschenswerten Krippenplätzen zustimmen".

Die Absetzung des Themas von der Tagesordnung der Stadtvertretung am Dienstag, 13. Februar, bezeichnet die FWB als "nicht nachvollziehbar". Bisher sei es Konsens gewesen, "dass Entscheidungen über strukturelle Veränderungen in den Kindertagesstätten, die größere finanzielle Belastungen nach sich zogen, in der Stadtvertretung beraten und beschlossen wurden". Die FWB fragt: "Warum wollten die anderen Fraktionen eine Diskussion über diese Problematik verhindern?"